



FORUM

KATHOLIKENRAT DÜSSELDORF

Ihr Katholikenrat informiert

SONDERAUSGABE – BUNDESTAGSWAHL 2025



Bundestagswahl 2025

„Der Begriff des Gemeinwohls hat für die Kirche stets einen universalen Horizont. Daher treten wir für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein – auf Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit.“

DBK

Liebe Lesende,

Am 23. Februar ist Bundestagswahl - Gehen Sie wählen!

Vielleicht fragen Sie sich, warum ausgerechnet auch der Katholikenrat Düsseldorf zur Wahl aufruft. Als Christinnen und Christen sind wir froh und dankbar, in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat leben zu dürfen, der Frieden und Freiheit, auch Religionsfreiheit, sichert.

Demokratie lebt vom Mitgestalten, lebt vom Mitmachen. Wir alle sind aufgerufen, also auch alle Katholikinnen und Katholiken in Düsseldorf, uns für die rechtsstaatliche Demokratie in unserer Gesellschaft einzusetzen.

Nächstenliebe, Solidarität, Bewahrung der Schöpfung, soziale Gerechtigkeit und der Schutz von Armen und Schwachen sind unsere Aufgaben und gleichzeitig unsere universellen Werte als Christinnen und Christen. Jeder Mensch ist ein Ebenbild Gottes mit einer unantastbaren Würde und gleichen Menschenrechten, unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Religion, seines Geschlechts oder sexuellen Identität.

2020 zur Kommunalwahl haben wir die wahlberechtigten Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger ebenfalls aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, um Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die sich für Werte und Ziele einsetzen, die mit dem Geist des Evangeliums vereinbar sind. In diesem Sinne haben wir die Fragen an die Parteien ausgewählt. Wir hoffen, Ihnen damit trotz der Kürze der Antworten auf komplexe Fragen die Wahlentscheidung zu erleichtern.

Wir schließen uns hiermit ausdrücklich der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Februar 2024 an, in der es heißt: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Auch mit unserem Wahlrecht gestalten wir die Demokratie. Nutzen Sie bitte die Chance zu einer freien und demokratischen Wahl!

Ihr Katholikenrat Düsseldorf ■



DR. ZANDA MARTENS UND ADIS SELIMI FÜR DIE SPD IM INTERVIEW

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Unser Ziel ist ein starkes und gerechtes Deutschland, in dem alle ihren Platz haben. Wir wollen die Menschen entlasten, für stabile Renten sorgen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mehr Netto vom Brutto und bezahlbare Energie gehören genauso dazu wie Investitionen in Arbeitsplätze und Innovation. Mit einem „Made-in-Germany-Bonus“ sichern wir unseren Wohlstand und stärken die Wirtschaft. Unser Angebot ist einfach: Sicherheit, Zusammenhalt und eine faire Zukunft für alle.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Kinder sind unsere Zukunft, und der Bund kann eine wichtige Rolle bei der Verbesserung von KiTas und Schulen spielen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen! Der Bund sollte deshalb stärker in die Bildungsfinanzierung investieren und bundesweite Standards fördern, um Chancengleichheit sicherzustellen. Das ist gut investiertes Geld, das durch die Bildungsrendite später vielfach zurückgezahlt wird.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Gute Arbeitsbedingungen sind der Schlüssel, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Wir brauchen bessere Löhne, mehr Ausbildungsplätze und eine starke duale Ausbildung. Viele Unternehmen gehen hier bereits heute mit gutem Beispiel voran. Erleichterte Einwanderung und die schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen sind ebenfalls entscheidend – das Fachkräfteeinwanderungsgesetz war ein erster wichtiger Schritt.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Die Folgen des demografischen Wandels erfordern generationengerechte Lösungen. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten und in Bildung sowie Kinderbetreuung investieren, um Familien zu entlasten und die Erwerbsquote zu steigern. Gleichzeitig fördern wir die Fachkräftezuwanderung, denn Deutschland war und bleibt ein erfolgreiches Einwanderungsland – das zeigen nicht zuletzt auch die persönlichen Biografien unserer beiden Kandidaten Zanda Martens und Adis Selimi.



Dr. Zanda Martens, Foto: Fionn Große

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Unter einer inklusiven Gesellschaft verstehen wir, dass jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialem Status voll am Leben teilhaben kann. Wir wollen Barrieren abbauen: in Gebäuden, bei digitalen Angeboten, in der Schule und im Job. Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen können und niemand darf wegen seiner Herkunft oder Lebensumstände benachteiligt werden. Unser Ziel ist, dass Vielfalt im Alltag selbstverständlich wird und jeder Mensch die gleichen Chancen erhält – das ist für uns gelebte Sozialdemokratie.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Wir stehen für einen respektvollen Umgang mit dem Thema, der die Würde der Frau und den Schutz des Lebens gleichermaßen achtet. Die derzeitige Kriminalisierung führt bei Frauen oft zu Angst und Stigmatisierung. Die Streichung des § 218 StGB zielt deshalb darauf ab, Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafrecht zu lösen und den Fokus auf Beratung und Unterstützung zu legen. Eine Entkriminalisierung bedeutet dabei nicht, den Schutz des Lebens aufzugeben, sondern durch gute Beratung echte Alternativen und Unterstützung zu bieten. Die hierfür notwendigen Mittel müssen durch gezielte Bundesprogramme und eine bessere Ausstattung der Kommunen bereitgestellt werden.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35)

Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Die Worte aus Matthäus 25, 35 lassen sich als klarer Auftrag lesen, Mitmenschlichkeit zu leben. Diese Haltung teilt die SPD: Geflüchteten Menschen müssen wir Schutz, Perspektiven und Unterstützung bei der Integration bieten. Besonders die große Solidarität der Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger und der Kirchen zeigt, wie Mitgefühl praktisch gelebt wird. Damit diese Hilfe gelingt, braucht es schnelle Asylverfahren, Zugang zu Bildung und Arbeit sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Nur mit Solidarität und Verantwortung – national wie international – schaffen wir eine gerechte und menschliche Gesellschaft.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Werden Menschen gefragt, wie sie ihre bezahlbare Wohnung gefunden haben, sagen viele: „Ich hatte Glück!“ Aber Wohnen darf keine Glückssache sein – es ist ein Grundrecht und muss bezahlbar sein. Unsere Bundestagsabgeordnete Zanda Martens hat gegen erbitterte Widerstände für ein besseres soziales Mietrecht gekämpft und will das auch künftig gemeinsam mit Adis Selimi als neuem Abgeordneten fortsetzen: Für eine konsequente Verlängerung der Mietpreislösung, den Kampf gegen Mietwucher und Spekulation sowie eine deutliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Damit bezahlbarer Wohnraum keine Glückssache bleibt!

9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Wer an Rente denkt, sollte sich aufs Eis mit Enkelkindern freuen und nicht die staatliche Stütze oder das Flaschensammeln fürchten müssen. Menschenwürdige Rente ist kein Geschenk, sondern das Ergebnis der persönlichen Lebensleistung. Deshalb wollen wir, dass alle in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen, das Rentenniveau stabil bleibt und das Renteneintrittsalter nicht weiter angehoben wird.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Die Einhaltung der Klimaziele erfordert entschlossenes Handeln. Wir setzen auf den Ausbau erneuerbarer Energien, eine klimaneutrale Industrie, den beschleunigten Ausbau der Infrastruktur und die Förderung von klimafreundlicher Mobilität – wie mit dem Deutschlandticket. Gleichzeitig ist es Kernanliegen der Sozialdemokratie, die Kosten des Klimaschutzes gerecht auf alle Schultern zu verteilen, um Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu verbinden und Freude auf eine gute Zukunft machen.

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ Dieses kluge Zitat von Willy Brandt leitet auch heute unser Handeln: Wir setzen uns stets zuerst für Diplomatie und friedliche Lösungen ein. Gleichzeitig stehen wir fest an der Seite der Ukraine und unterstützen sie humanitär, finanziell und militärisch, um ihre Freiheit und Souveränität zu sichern. In diesen Zeiten neuer Unsicherheiten ist zudem eine eigenständige Verteidigungsfähigkeit unverzichtbar, weshalb wir die Bundeswehr modernisieren und die europäische Sicherheitsarchitektur stärken.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

Die Stimme der Kirchen ist wichtig, weil sie gesellschaftliche Debatten oft aus einer Perspektive bereichern, die über kurzfristige Interessen hinausgeht – das kann nicht jeder Politiker von sich behaupten. Sie mahnen zu sozialer Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und der Solidarität mit Schwächeren. Diese Werte sind heute besonders relevant und ebenfalls Kernthemen der Sozialdemokratie. Gerade in einer pluralen Gesellschaft sind die konstruktiven, kritischen Stimmen der Kirchen deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

Ohne die vielen Menschen, die sich freiwillig engagieren, würde vieles stillstehen. Wir wollen, dass ihr Einsatz leichter wird: weniger Papierkram und mehr Unterstützung, etwa durch kostenlose Weiterbildungen oder günstigere Tickets für den Nahverkehr. Mit dem Demokratiefördergesetz sichern wir langfristig die Finanzierung von Initiativen, die unsere Gemeinschaft stärken. Ehrenamt heißt, Verantwortung für andere zu übernehmen, und dafür verdienen alle Engagierten nicht nur Respekt, sondern echte Anerkennung und Entlastung. ■



Adis Selimi
Foto: SPD Düsseldorf



JOHANNES WINKEL UND THOMAS JARZOMBKE FÜR DIE CDU IM INTERVIEW

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Die dringendsten Aufgaben sind der wirtschaftliche Aufschwung, eine zukunftsorientierte Migrationspolitik und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Die Wirtschaft muss durch Bürokratieabbau und gezielte Investitionen entlastet werden, ohne die junge Generation durch Schulden zu belasten. In der Migrationspolitik braucht es eine klare Differenzierung zwischen Arbeitsmigration und Sozialstaatzwanderung, um langfristig tragfähige Lösungen zu schaffen. Auch die Verteidigung erfordert Reformen, etwa durch die Einführung eines Gesellschaftsjahres zur Stärkung der Bundeswehr und sozialer Einrichtungen.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Die föderale Struktur ermöglicht eine bedarfsgerechte Anpassung an regionale Gegebenheiten, fördert pädagogische Vielfalt und Innovation und schafft Wettbewerb um höhere Qualitätsstandards. Wir wollen als CDU Familien entlasten und sie finanziell durch eine Weiterentwicklung des Kinderfreibetrags und die Erhöhung des Kindergeldes stärken. Schulen müssen wir stärken und verbessern, indem wir bundesweit vergleichbare Bildungsstandards schaffen, den Ganztagsausbau vorantreiben und digitale sowie innovative Lernkonzepte etablieren.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Der Arbeits- und Fachkräftemangel gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und erfordert entschlossene Maßnahmen. Wir wollen das Potenzial von Frauen in Teilzeit durch bessere Rahmenbedingungen für vollzeitahe Arbeit heben und haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich attraktiver machen. Durch die Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbots nach dem Renteneintritt schaffen wir mehr Flexibilität für ältere Arbeitnehmer. Um ausländische Fachkräfte besser zu integrieren, vereinfachen und beschleunigen wir die Anerkennung ihrer Berufsqualifikationen. Eine zentrale „Work-and-Stay-Agentur“ wird den gesamten Prozess der Erwerbszuwanderung digital und effizient steuern.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Wir setzen uns für ein starkes und stabiles Rentensystem ein, das auf wirtschaftlichem Wachstum basiert. Mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit bedeutet stabilere soziale Sicherungssysteme. Wir fördern Anreize für freiwilliges Arbeiten über das Renteneintrittsalter mit der „Aktivrente“, einem steuerfreien Zuverdienst von bis zu 2.000 Euro. Außerdem möchten wir schon für Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren monatlich zehn Euro vom Staat in ein persönliches Kapitalmarktdepot eingezahlt bekommen. Dieses Startkapital soll den Grundstein für eine langfristige Kapitalbildung legen.

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Wir setzen uns für die Förderung einer inklusiven Gesellschaft durch den konsequenten Abbau physischer und digitaler Barrieren in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum ein. Dies umfasst Investitionen in barrierefreie Schulgebäude, digitale Lernplattformen mit assistiven Technologien und den Ausbau von inklusiven Wohn- und Mobilitätskonzepten. Zudem setzen wir auf gezielte Programme zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen mit Behinderungen sowie auf finanzielle Anreize für Unternehmen, die inklusive Arbeitsplätze schaffen.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Wir stehen zum gesellschaftlichen Kompromiss beim Schwangerschaftsabbruch und lehnen eine Streichung des § 218 StGB ab. Der bestehende Rechtsrahmen bietet einen ausgewogenen Ausgleich zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen in Konfliktsituationen weiterhin umfassend beraten und unterstützt werden, indem wir die Finanzierung der Schwangerschaftsberatung sicherstellen und ausbauen. Dabei legen wir besonderen Wert auf eine wohnortnahe, niedrigschwellige und ergebnisoffene Beratung durch anerkannte Beratungsstellen, die sowohl psychosoziale Unterstützung als auch medizinische Aufklärung bieten. Die Mittel für diese Maßnahmen werden durch eine gezielte Priorisierung im Bundeshaushalt sowie durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden bereitgestellt. Unser Ziel ist es, Frauen in schwierigen Lebenslagen nicht allein zu lassen, sondern ihnen Perspektiven aufzuzeigen und Unterstützung anzubieten, die auch über die Geburt hinausgeht.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35)

Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Wir bekennen uns zur Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, und leiten unser Handeln aus dem christlichen Menschenbild ab, das die Würde eines jeden Menschen als Gottes Ebenbild anerkennt. Dabei sehen wir es als unsere moralische Pflicht an, diesen Menschen Hilfe und eine Perspektive zu bieten, gleichzeitig aber auch unsere gesellschaftlichen Strukturen zu bewahren und die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht zu überfordern. Schutzsuchende sollen faire und zügige Asylverfahren erhalten, während wir gleichzeitig irreguläre Migration begrenzen und durch das



Johannes Winkel
Foto: Paul Schneider



Thomas Jarzombek
Foto: Tobias Koch

„Drittstaatenmodell“ geordnete Verfahren ermöglichen. Für diejenigen, die bleiben, setzen wir auf klare Integrationsanforderungen, wie die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen sowie die Einhaltung unserer gesellschaftlichen Werte, um ein friedliches Miteinander zu gewährleisten. Das christliche Gebot der Nächstenliebe verpflichtet uns, Menschen in Not beizustehen, doch es geht auch um Eigenverantwortung und die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Unser Ziel ist eine Balance zwischen Humanität und Ordnung,

denn Nächstenliebe bedeutet nicht nur Hilfe, sondern auch Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Menschen in unserem Land.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Um den Wohnungsbau zu fördern, setzen wir auf die Vereinfachung des Bauordnungs- und Raumordnungsrechts, um Bürokratie abzubauen und Baukosten zu senken. Dauerhaftes Bauen in vereinfachten Verfahren soll ermöglicht werden, um mehr Flexibilität bei der Schaffung von Wohnraum zu erreichen. Der soziale Wohnungsbau wird durch solide Förderungen gestärkt, während das Wohngeld regelmäßig an die Mietpreisentwicklung angepasst wird. Steuerliche Anreize für energetische Sanierungen sollen geschaffen werden, indem die Kosten von der Erbschaft- und Schenkungssteuer abzugsfähig gemacht werden. Gleichzeitig wird ein wirksamer Mieterschutz etabliert, der Mieter vor überhöhten Mietkosten schützt und Investitionen weiterhin attraktiv hält.

9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Unsere zukünftige Alterssicherung basiert auf einer stabilen gesetzlichen Rente, die durch wirtschaftliches Wachstum und eine hohe Beschäftigungsquote gesichert wird. Wir setzen auf eine Kombination aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge, um eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung zu gewährleisten. Mit unserem Frühstart-Rentenmodell fördern wir die private Altersvorsorge bereits für junge Menschen, indem der Staat monatliche Beiträge zur kapitalgedeckten Vorsorge leistet. Zudem schaffen wir Anreize für längeres Arbeiten durch die Einführung einer steuerfreien Aktivrente für Erwerbstätige über das Renteneintrittsalter hinaus. Um die Renten langfristig finanzieren zu können, setzen wir auf eine starke Wirtschaft durch Entlastung von Unternehmen, Bürokratieabbau und steuerliche Anreize für Investitionen. Durch diese Maßnahmen stellen wir sicher, dass die Alterssicherung tragfähig bleibt, Altersarmut vermieden wird und Deutschland wirtschaftlich wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Wir möchten die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten, indem wir auf marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel setzen, der CO₂-Emissionen effizient

reduziert und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum ermöglicht. Unsere Klimapolitik basiert auf Technologieoffenheit und setzt auf innovative Lösungen wie Wasserstoff, CO₂-Speicherung und klimaneutrale Kraftwerke, um Emissionen nachhaltig zu senken. Wir fördern den Ausbau erneuerbarer Energien, verbessern die Netzinfrastruktur und setzen auf einen ausgewogenen Energiemix, der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet. Gleichzeitig entlasten wir Bürger und Unternehmen durch niedrigere Strompreise und technologieoffene Förderprogramme, die nachhaltige Investitionen attraktiv machen. Unser Ziel ist es, Klimaschutz mit wirtschaftlicher Vernunft zu verbinden und so die Schöpfung zu bewahren, ohne Arbeitsplätze und Wohlstand zu gefährden.

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

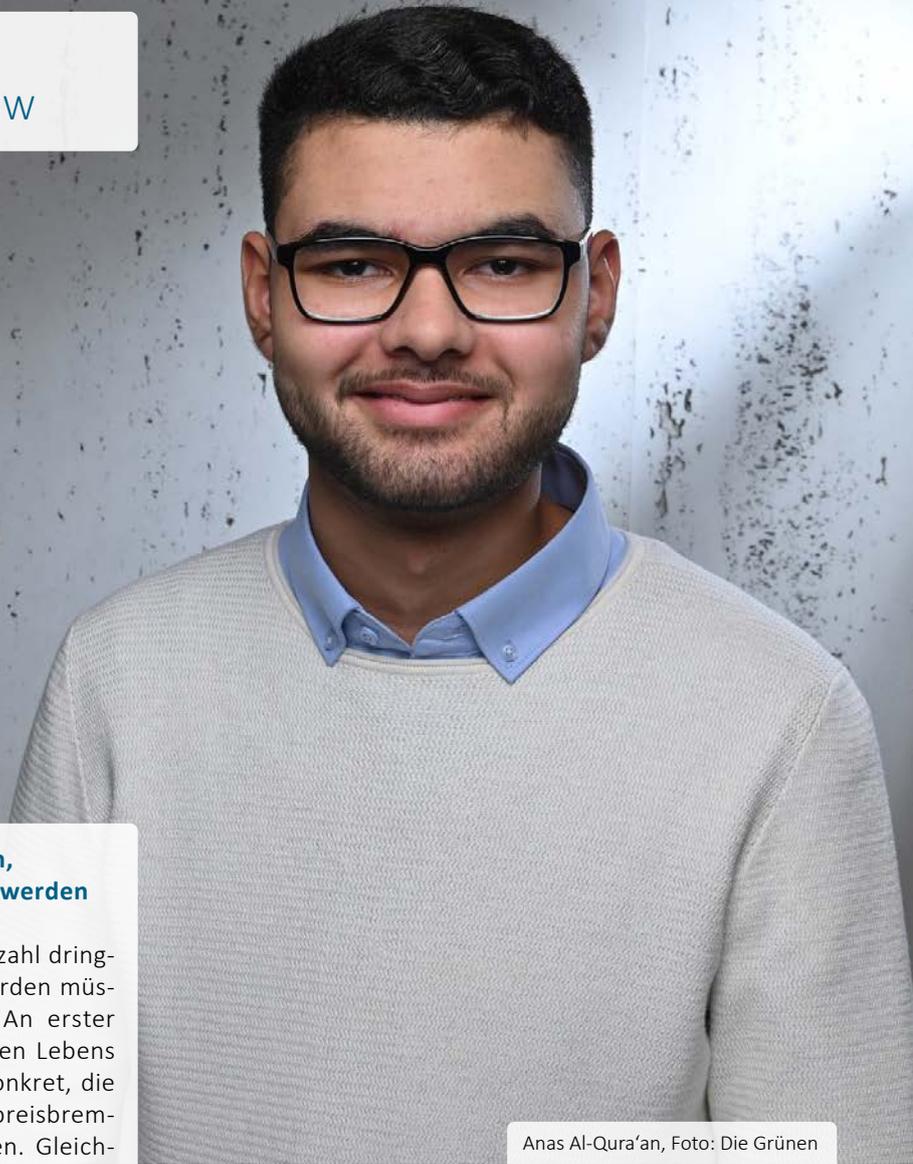
Um Frieden und Sicherheit in Deutschland und Europa zu gewährleisten, setzen wir auf eine starke und einsatzbereite Bundeswehr, indem wir eine aufwachsende Wehrpflicht einführen und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO konsequent einhalten. Wir übernehmen Verantwortung in Europa, indem wir die führende Rolle beim Aufbau eines modernen Raketenabwehrschirms übernehmen und unsere Verteidigungsindustrie stärken, um die Ausrüstung unserer Streitkräfte zu verbessern. Ein Nationaler Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt wird geschaffen, um die sicherheitspolitische Koordination zu optimieren und Bedrohungen frühzeitig zu begegnen. Unser Ziel ist es, Deutschland wehrhaft zu machen, die Bündnisfähigkeit zu stärken und so unseren Bürgern Sicherheit in Freiheit zu garantieren.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

Ja, wir halten die Stimme der Kirchen in unserem Land für äußerst relevant. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Werte wie Nächstenliebe, Verantwortung und Solidarität vermitteln, die unser Miteinander prägen. Ihr Engagement in zentralen Bereichen wie Bildung, Sozialarbeit und Pflege bietet vielen Menschen Halt und Orientierung in einer sich wandelnden Welt. Wir setzen uns dafür ein, die Zusammenarbeit mit den Kirchen zu stärken, ihr ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und ihren wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft auch in Zukunft zu fördern.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

Konkret werden wir die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale spürbar erhöhen, um das finanzielle Engagement attraktiver zu gestalten und den vielen Freiwilligen Anerkennung und Unterstützung zu bieten. Gleichzeitig werden wir Bürokratie abbauen, indem wir Genehmigungs- und Antragsverfahren vereinfachen und digitale Plattformen zur besseren Vernetzung und Koordination von Ehrenamtlichen bereitstellen. Mit der Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres geben wir jungen Menschen die Chance, sich aktiv für das Gemeinwohl einzubringen, sei es im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich. Wir setzen uns mit voller Überzeugung dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement einfacher, sichtbarer und wertgeschätzter wird, um unsere Gesellschaft langfristig zu stärken und das Miteinander zu fördern. ■



Anas Al-Qura'an, Foto: Die Grünen

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Eine neue Regierungskoalition steht vor einer Vielzahl dringlicher Aufgaben, die entschlossen angegangen werden müssen, um unser Land zukunftsfähig zu machen. An erster Stelle sehe ich die Sicherstellung eines bezahlbaren Lebens für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies bedeutet konkret, die Mietpreise in den Griff zu bekommen, die Mietpreislösung zu verlängern und konsequenter durchzusetzen. Gleichzeitig möchte ich den sozialen Wohnungsbau fördern und den Bau von klimafreundlichen, modernen Wohnungen beschleunigen, um den wachsenden Bedarf zu decken. Es ist entscheidend, den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern, insbesondere für Familien und Menschen mit mittleren Einkommen, und damit der zunehmenden finanziellen Belastung vieler Menschen durch hohe Mieten oder Wohnkosten entgegenzuwirken. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Bekämpfung des Fachkräftemangels, insbesondere in systemrelevanten Bereichen wie Pflege, Bildung und Handwerk. Hier müssen wir dringend die Arbeitsbedingungen verbessern, die Löhne anheben und die Attraktivität dieser Berufe durch gezielte Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken. Gleichzeitig werde ich mich für eine gezielte Fachkräfteeinwanderung einsetzen, indem wir Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse beschleunigen und klare Perspektiven für zugewanderte Fachkräfte schaffen. Nur so können wir die Grundpfeiler unseres Sozialstaats und unserer Wirtschaft langfristig sichern.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Ich setze mich dafür ein, dass der Bund stärker in die frühkindliche Bildung investiert. Der Bund muss finanzielle Mittel bereitstellen, um bundesweite Qualitätsstandards für Kitas

zu entwickeln und die Investitionen in frühkindliche Bildung nachhaltig zu verstetigen. Ich unterstütze das „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“, um Schulen besser auszustatten, die Schulsozialarbeit auszubauen und mehr Fachkräfte zu gewinnen. Ich möchte nicht den Föderalismus auflösen, aber ihn so modernisieren, dass Bund, Länder und Kommunen effizient zusammenarbeiten, um die Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Der Fachkräftemangel ist eine der zentralen Herausforderungen. Ich möchte schnellere Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse durchsetzen und die Fachkräfteeinwanderung vereinfachen. Gleichzeitig müssen wir die Arbeitsbedingungen in Bereichen wie Pflege, Bildung und Handwerk verbessern, um diese Berufe attraktiver zu machen. Dazu gehören auch höhere Löhne und die Förderung von Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen, damit mehr Menschen in diese Berufe wechseln können. Besonders wichtig ist mir die Förderung von Frauen und Migrantinnen in diesen Bereichen. Außerdem müssen wir den Menschen, die in Deutschland sind, einen schnellen Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen beispielsweise mit schnelleren Arbeitserlaubnissen.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Für mich ist es entscheidend, das Rentensystem stabil zu halten und das Rentenniveau zu sichern, damit auch zukünftige Generationen im Alter gut versorgt sind. Ich setze mich für eine Bürgerversicherung ein, in die alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige und Beamte, einzahlen. Gleichzeitig müssen wir die Zuwanderung gezielt fördern, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Stabilität des Arbeitsmarktes zu gewährleisten. Investitionen in Bildung und Ausbildung sind ebenfalls notwendig, um sicherzustellen, dass junge Menschen gut auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind.

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Ich werde dafür sorgen, dass Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen gewährleistet wird. Das bedeutet, dass öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel und Dienstleistungen so gestaltet werden, dass sie für alle Menschen zugänglich sind. Ich setze mich dafür ein, dass alle Bundesgebäude innerhalb der nächsten zehn Jahre barrierefrei umgebaut werden. Zudem werde ich die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen und dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Ich setze mich dafür ein, dass der § 218 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird, damit Frauen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass flächendeckend Beratungsangebote und der Zugang zu medizinischer Versorgung gewährleistet sind. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann durch höhere Investitionen in den Gesundheitssektor und durch die Umverteilung von Mitteln innerhalb der bestehenden Strukturen sichergestellt werden.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35)

Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Ich verfolge eine humane Migrationspolitik, bei der Geflüchteten schnell geholfen wird. Dies bedeutet schnellere Asylverfahren und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine zügige Integration durch Sprachkurse und Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Auch der Familiennachzug soll erleichtert werden, da die Trennung von Familien die Integration erschwert. Ich setze mich zudem dafür ein, die Kommunen bei Integrationsaufgaben stärker zu unterstützen.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Ich werde mich für die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreislösung einsetzen, um die steigenden Mietpreise zu dämpfen. Darüber hinaus möchte ich den sozialen Wohnungsbau ausbauen und gleichzeitig den Bau von klimafreundlichen Wohnungen beschleunigen. Der Zugang zu Wohneigentum muss erleichtert werden, insbesondere für

Familien und Menschen mit mittleren Einkommen. Ich werde auch die Modernisierung bestehender Gebäude mit nachhaltigen Technologien fördern, um langfristig die Wohnkosten zu senken.

9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Die Finanzierung der Altersvorsorge soll über eine gerechte Bürgerversicherung erfolgen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Ich setze mich dafür ein, das Rentenniveau stabil zu halten, sodass auch in Zukunft jeder ein sicheres Einkommen im Alter hat. Außerdem sollen Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und die Reform von Subventionen zur Finanzierung des Rentensystems beitragen.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Mein Ziel ist es, Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen. Das erreichen wir durch einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Solar- und Windenergie. Der Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme, wie Wärmepumpen und Fernwärme, wird gefördert, ebenso wie die Förderung nachhaltiger Mobilität durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Um den Umstieg auf klimafreundliche Technologien zu beschleunigen, setze ich auf eine faire CO₂-Bepreisung.

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

Frieden und Sicherheit sind für mich zentrale Anliegen. Ich setze auf eine klare Bekämpfung von Rechtsextremismus und weiteren, da diese die größte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen. Außenpolitisch werde ich auf eine menschenrechtsbasierte Politik setzen und internationale Zusammenarbeit stärken, vor allem bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Lösung von Konflikten. Unsere Mitgliedschaft in der NATO bleibt für mich ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsstrategie.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

Ich halte die Stimme der Kirchen in unserer Gesellschaft für sehr wichtig, insbesondere bei der Förderung von sozialem Zusammenhalt und der Unterstützung von benachteiligten Gruppen. Die Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden, und ich setze mich für einen offenen Dialog mit religiösen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

Ich setze mich dafür ein, Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Das bedeutet, dass wir Fördermittel für lokale Initiativen bereitstellen und Ehrenamtliche durch Steuererleichterungen anerkennen. Ich will den Ausbau von Freiwilligendiensten vorantreiben, um mehr Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und so den sozialen Zusammenhalt zu stärken. ■



Moritz Kracht, Fotos: FDP Düsseldorf

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Unser Land braucht dringend eine Wirtschaftswende. Raus aus der Rezession, weg mit Bürokratie und weniger Steuern. Nur mit wirtschaftlicher Stärke können wir unseren Sozialstaat erhalten, international Verantwortung übernehmen, mehr in Bildung investieren, unsere Infrastruktur modernisieren. Eine Wende zu mehr Wachstum unserer Wirtschaft ist für mich die wichtigste Aufgabe.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Mehr Engagement des Bundes ist kein Allheilmittel. Aber ja, der Bund sollte sich mehr engagieren, etwa bei der digitalen Ausstattung von Schulen. Hier sollte der Bund mithelfen. Mit dem Startchancen-Programm gibt es ein gutes Programm, um gerade Schulen zu stärken, bei denen die sozialen Herausforderungen besonders groß sind. Also etwa durch mehr Personal. Ein solches Programm sollten wir auch für Kitas auflegen, um noch mehr Aufstiegschancen zu schaffen. Bildung und Aufstieg hängen noch zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Das muss sich ändern.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Deutschland ist ein erfolgreiches Land geworden, weil es Zuwanderer hatte, die unseren Wohlstand mit aufgebaut haben.

Wir brauchen auch weiterhin Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Da müssen wir vor allem besser werden, was die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen angeht und Bürokratie abbauen. Wer mit uns was aufbauen will, sollte uns willkommen sein.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge und kaputte soziale Sicherungssysteme zu hinterlassen. Immer weiter steigende Beiträge können aber keine Lösung sein. Denn sie verhindern auch, dass Unternehmen neue Jobs schaffen. Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente, sowohl in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung. Nur so sorgen wir für tragfähige soziale Sicherungssysteme - bei fairer Lastenverteilung zwischen den Generationen.

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Deutschland muss auch weiterhin bei der Barrierefreiheit im öffentlichen Leben besser werden. Besonders wichtig ist natürlich auch ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung. Die Vermittlung in den Arbeitsmarkt muss zudem besser und einfacher werden, um Menschen mit Behinderung mehr berufliche Teilhabe zu verschaffen. Aber auch unsere Gesellschaft hat ja ein großes Interesse daran, die Potentiale von Menschen mit Behinderung besser zu nutzen.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Es geht hier um eine der schwierigsten rechtlichen Fragen: die Abwägung zwischen dem Wert des ungeborenen Lebens und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau. In Deutschland haben wir einen Kompromiss, der diesen Konflikt lange zu befrieden schien. Der Deutsche Bundestag sollte in der kommenden Periode dieses Thema nochmals gründlich beraten. Wichtig wäre mir dabei, dass es hier nicht um Parteipositionen geht, sondern die Debatte offen und tiefgehend geführt wird.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35)

Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Deutschland übernimmt humanitäre Verantwortung. Der frühere Bundespräsident Gauck hat mal gesagt, dass unser Herz groß sei, aber die Mittel begrenzt. Das teile ich. Wir müssen unterscheiden: Wenn Schutzsuchende bei uns ein Bleiberecht haben, müssen sie so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Das ermöglicht ihnen, so schnell wie möglich auf eigenen Füßen zu stehen. Ein Job ist oftmals außerdem der beste Integrationskurs. Für alle anerkannten Flüchtlinge wollen wir einen neuen sozialrechtlichen Status schaffen, der vor allem eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit schafft. Wenn aber Leute kein Bleiberecht in Deutschland haben, muss die Rückkehr auch wieder die Regel werden. Klar ist, dass wir generell bei der Migration besser unsere Regeln durchsetzen müssen. Deutschland sollte den Menschen Hilfe leisten, die sie wirklich brauchen – nicht denen, die mit den stärksten Ellenbogen hergekommen sind.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Die hohen Preise bei Wohnungen sind ja vor allem Ausdruck eines zu knappen Angebots. Wir müssen schneller, einfacher und günstiger bauen ermöglichen. Genehmigungen müssen schneller und digitaler gehen. Übertriebene Komfortstandards sollten abgewählt werden können, die Baupreise so sinken. Der Schlüssel für einen besseren Wohnungsmarkt sind nicht noch mehr Regeln und Eingriffe, sondern mehr gebautes Angebot.

9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Wir können unseren Kindern nicht Schulden und marode Sicherungssysteme hinterlassen. Gerade das Rentensystem muss dringend reformiert werden. Wir müssen die Chancen des Kapitalmarkts nutzen. Mit der Aktienrente haben wir ein Modell vorgestellt, wie das geht. Es ist ein Segen, dass Menschen immer länger gesund sind und leben, darauf muss der Staat reagieren und die Rente enkelfit machen.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Klimaschutzpolitik droht Akzeptanz zu verlieren, wenn sie vor allem mit Verboten, höheren Preisen und Einschränkungen arbeitet, ich denke etwa an das grüne Heizungsgesetz. Ich werbe für mehr Marktwirtschaft, etwa durch den Zertifikate-

handel. Diesen müsste man weltweit etablieren, so dass klimaschädliches Verhalten teurer wird, Innovation und Klimabewusstsein sich aber umso mehr lohnen.

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

Deutschland muss noch enger den Schulterschluss in Europa suchen, gerade wieder auch mit Frankreich. Die Wahrheit ist aber auch, ob man will oder nicht, dass militärische Stärke als Teil der Abschreckung wieder nötig ist. Deutschland muss zudem auch im Trump-Zeitalter den engen Dialog mit den USA suchen und führen.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

Natürlich, denn der demokratische Diskurs lebt ja gerade davon, dass man viele unterschiedliche Standpunkte und Argumente hört und sammelt und jeder für sich seine Abwägungen trifft.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

In unserer Gesellschaft bringen sich dankenswerterweise Millionen von Menschen im Ehrenamt ein. Sie halten damit auch unsere Gesellschaft zusammen. Der Staat sollte schauen, wie er das Ehrenamt weiter attraktiv und leichter machen kann. Ein paar konkrete Beispiele: Wir wollen Vereine bei Haftungsrisiken entlasten. Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche sollen weiter ausgebaut werden. Insbesondere schlagen wir eine Reduzierung von Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten vor. Ehrenamtler wollen Gutes für die Gesellschaft tun – nicht Formulare ausfüllen. ■





Lisa Schubert, Fotos: David Adelmann

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Die dringlichste Aufgabe für eine neue Bundesregierung wird sein, dafür zu sorgen, dass das alltägliche Leben wieder bezahlbarer wird. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. Deshalb sagen wir als Linke: Die Mietpreise dürfen nicht weiter explodieren und der Wocheneinkauf muss günstiger werden. Dafür braucht es unter anderem einen Mietpreisdeckel und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn! Mehr soziale Gerechtigkeit stärkt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und nimmt rechten und faschistischen Kräften den Wind aus den Segeln.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Ich möchte das festgeschriebene Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben und damit mehr Zusammenarbeit, einheitliche Standards und Finanzierung durch den Bund ermöglichen. Die Kommunen müssen besser ausfinanziert werden und ein besonderer Fokus sollte im Bildungssystem liegen. Alle Eltern müssen Zugang zu einem Kita-Platz für ihre Kinder haben, unabhängig vom Einkommen. Außerdem fordern wir als Linke ein kostenloses Mittagessen in allen Kitas und Schulen.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Um den Fachkräftemangel anzugehen, brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen: Mehr Mitbestimmung, Entlastung und Vereinbarkeit mit dem außerberuflichen Leben. Außerdem müssen sich die Ausbildungsbedingungen verbessern. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen Fonds einzahlen, um Ausbildungsplätze für andere Betriebe mitzufinanzieren. Wir fordern die Abschaffung jeglicher Ausbildungsgebühren und eine Mindestausbildungsvergütung (80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen), um die Ausbildungsberufe auch für junge Menschen attraktiver zu machen. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir Hand in Hand mit den Gewerkschaften zusammen. Es braucht eine flächendeckende Tarifbindung auch für kirchliche und verbeamtete Arbeitnehmende.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Es gibt nicht die eine Antwort auf eine so große Frage. Dazu gehören viele Aspekte: Die Schuldenbremse muss abgeschafft und durch eine „Goldene Regel“ ersetzt werden, um ausreichend in eine sozial-ökologische Transformation investieren zu können, um so die Klimakrise zu bewältigen und gleichzeitig niemanden zurückzulassen. Außerdem brauchen wir stabile Renten, die zum Leben ausreichen. Unser Konzept der solidarischen Mindestrente von 1400 Euro stellt sicher, dass niemand im Alter Pfand sammeln muss. Grundsätzlich muss man es so deutlich sagen: Wir haben genug Wohlstand, damit wir alle, trotz demographischem Wandel, ein gutes Leben führen können - der Wohlstand ist nur ungerecht verteilt!

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Wir müssen die Erwerbsquote von Menschen mit Behinderung wieder erhöhen und dafür auch die Betriebe dazu bringen, sich nicht davon freikaufen zu dürfen. Gleichzeitig muss der Mindestlohn auch für Menschen mit Behinderung erhöht und eingeführt werden, auch in Behindertenwerkstätten. Aber auch unsere Infrastruktur muss barrierefreier gestaltet werden.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Ich unterstütze die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem StGB. Körperliche Selbstbestimmung ist essenziell. Die neue Bundesregierung muss mehr Geld für die Versorgungslage ungewollt Schwangerer bereitstellen.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35) Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Die aktuelle Debatte über Migration und Abschiebungen halte ich für sehr besorgniserregend. Es ist und bleibt unsere humanitäre Pflicht, Menschen, die vor Krieg und Leid zu uns fliehen, ein sicheres Leben in Würde zu ermöglichen. Wir als Linke stellen uns entschieden gegen Abschiebungen in den Iran und nach Syrien! Wenn Menschen aufgrund ihrer Sexualität, ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden, sind es keine sicheren Herkunftsstaaten! Auch die immer häufiger stattfindenden Abschiebungen aus Kirchenasyl verurteile ich klar.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Wohnen ist ein Menschenrecht! Es muss ein bundesweiter Mietendeckel eingeführt werden, um die Mietpreise einzufrieren, gegebenenfalls zu senken und sicherzustellen, dass hier keine weiteren Steigerungen der ohnehin schon zu hohen Mieten stattfinden. Es muss zudem verstärkt gegen Wohnungsleerstand vorgegangen werden, welcher vor allem dann entsteht, wenn Wohnungen zu reinen Spekulationsobjekten werden. Zusätzlich muss wieder mehr staatlicher Wohnungsbau stattfinden. Meiner Meinung nach wäre es sogar notwendig, ganze Stadtteile neu hochzuziehen, um günstigen und hochwertigen Wohnraum zu schaffen. Große Wohnungskonzerne müssen enteignet und ihr Wohnungsbestand in staatliche Hand überführt werden, damit sich Mieten und Wohnungsbedingungen nicht am Profit, sondern am Gemeinwohl orientieren.



9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Altersarmut ist ein zunehmendes Problem und betrifft immer mehr Menschen. Ich fordere daher eine solidarische Mindestrente von 1.400 Euro, die sicher gegen Armut schützt. Finanzieren wollen wir das über eine Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung aller Arbeitnehmenden (also auch Beamte, Politiker und Selbständige). Außerdem wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze anheben. Wer über 100.000 Euro verdient, sollte keinen kleineren Anteil seines Einkommens in die Rentenversicherungen einzahlen, sondern solidarisch genauso viel wie alle anderen.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Die Bekämpfung der Klimakrise ist essenziell. Aktuell ist es so, dass einige wenige Konzerne und Superreiche immer reicher werden und dafür rücksichtslos die Natur ausbeuten und das Klima anheizen. Das System dieses Wirtschaftens wollen wir überwinden. Dafür muss die Industrie sozial-ökologisch umgebaut werden. Außerdem kämpfen wir für eine Energieversorgung aus öffentlicher Hand. So werden soziale Strom- und Gaspreise möglich, erneuerbare Energien ausgebaut und die Unabhängigkeit von Konzernen und Autokratien gewährleistet!

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

Waffen werden niemals Frieden schaffen. Deshalb stehen wir als Linke klar gegen Waffenexporte und für diplomatische Lösungen. Außerdem stehen wir selbstverständlich solidarisch an der Seite der Menschen in Palästina, dem Iran, Syrien, Kongo und immer dann, wenn Menschen wegen Kriegen leiden. Innere Sicherheit bedeutet für mich vor allem soziale Sicherheit: Jedes Kind soll unabhängig von seiner Herkunft Zugang zu einem Kindergartenplatz und gesunden Mahlzeiten haben. Niemand sollte auf der Straße leben müssen, während wenige im Überfluss leben. Das ist echte innere Sicherheit.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

In Zeiten wie diesen braucht es vor allem auch die Stimme der Zivilgesellschaft und von zivilgesellschaftlichen Institutionen wie der Kirche, um sich dem wieder erstarkenden Faschismus und der zunehmenden sozialen Kälte zu widersetzen.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

Es ist unfassbar beeindruckend, was Ehrenamtliche in diesem Land leisten, und ich setze mich für mehr Wertschätzung, auch in finanzieller Form ein. Doch ich finde es auch wichtig klarzustellen, dass es Bereiche gibt, wo gute Politik Ehrenamt überflüssig machen sollte: Niemand sollte darauf angewiesen sein, dass Ehrenamtliche bei der Tafel Essen ausgeben. Auch der lokale Katastrophenschutz sollte nicht nur von ehrenamtlichen Einsatzkräften abhängen. Deshalb braucht es zum einen mehr Wertschätzung für Ehrenamt und zum anderen eine Politik, die zum Beispiel dafür sorgt, dass alle Menschen genug Geld für eine gute und gesunde Ernährung und ein Dach über dem Kopf haben. ■

1. Welche sind für Sie die dringlichsten Aufgaben, die sich einer neuen Regierungskoalition stellen werden und wie würden Sie sie priorisieren?

Deutschland braucht dringend Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Wichtigste Instrumente hierfür sind ein substanzieller Bürokratieabbau, die Schaffung wettbewerbsfähiger Energiepreise und die Revision von Wirtschaftssanktionen, die erwiesenermaßen unserer eigenen Wirtschaft mehr schaden als der des Adressaten.

Wir müssen die Schuldenbremse revidieren, um zu verhindern, dass unser Land weiter von der Substanz lebt. Notwendig sind umfassende Investitionen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Bildung. Deutschland und Europa müssen alle Anstrengungen unternehmen, um den Krieg in Europa zu beenden. Wichtig ist insofern eine diplomatische Initiative der neuen Bundesregierung in dieser Richtung, vorzugsweise gemeinsam mit Frankreich und Polen.

2. Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Was kann der Bund zur Verbesserung der Situation in KiTas und Schulen in unserem Land beitragen? Weniger Föderalismus, mehr Einfluss des Bundes?

Wir brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Kommunen durch Entlastung von Altschulden und durch höhere Anteile am Gesamtsteueraufkommen, um Investitionen in Schulen und Kitas zu ermöglichen. Die Attraktivität des Erzieher/innen- und Lehrer/innen-Berufs muss erhöht werden durch bessere Bezahlung, Entlastung von „erziehungsfremden“ Tätigkeiten und Steigerung des gesellschaftlichen Ansehens („Sozialprestige“) dieser Berufe.

Eine bundesweit einheitliche Handhabung dieser Maßnahmen wäre wünschenswert, ist aber nicht zwingend.

3. Was möchten Sie unternehmen gegen den Fachkräftemangel in unserem Land, beispielsweise gegen den Pflegenotstand, Mangel in Bildungseinrichtungen und handwerklichen Berufen?

Zunächst ist zu berücksichtigen, dass diese Berufe größtenteils auch in Zukunft nicht durch Automatisierung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz wegrationalisiert werden können. Insofern muss es darum gehen, die Attraktivität dieser Berufe zu steigern; dabei geht es um Bezahlung, Arbeitsbedingungen, aber auch um die gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung dieser Tätigkeiten. Mit Blick auf den demografischen Wandel sind wir aber auch auf Zuwanderung angewiesen, um diesen Arbeitskräftebedarf zu decken.

4. Wie wollen Sie im Sinne der Generationengerechtigkeit den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland begegnen?

Wir brauchen eine Rentenpolitik, bei der die jungen Menschen auch weiterhin darauf vertrauen können, dass der Generationenvertrag funktioniert. Erforderlich hierfür ist eine Erweiterung der Finanzierungsbasis durch die Einbeziehung aller Beschäftigten, also auch der Selbstständigen, der Beamten und der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung



Thomas Geisel, Foto: PicturePeople GmbH

sowie die Berücksichtigung von Einkünften aus Kapitalerträgen. Beim Renteneintrittsalter sollte eine gewisse Flexibilität geschaffen werden unter Berücksichtigung der Dauer der Beitragszahlung sowie der Art der Beschäftigung. Auch eine kapitalfinanzierte Säule der Altersversorgung kann sinnvoll sein, allerdings nur dann, wenn sie nicht schuldenfinanziert ist, wie es das gegenwärtige Modell der Regierung vorsieht.

5. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland fördern?

Grundsätzlich sollte das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung als Selbstverständlichkeit angesehen und überall praktiziert und gefördert werden, wo dies sinnvollerweise möglich ist. Allerdings stößt die Inklusion dort an ihre Grenzen, wo sie mit einem Aufwand verbunden ist, von dem nicht klar ist, ob er wirklich dem Interesse der betroffenen Menschen mit Behinderung entspricht, und auf gravierende Akzeptanzprobleme stößt.

6. Wie stehen Sie zur Forderung nach Streichung des § 218 aus dem StGB? Woher nehmen Sie ausreichende Mittel, um Beratung und Förderung sicherzustellen?

Ich bin für die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs, halte die gegenwärtige Regelung aber für einen guten und in der Praxis bewährten Kompromiss einer gesellschaftlich höchst umstrittenen Frage. Aus diesem Grunde sollte die gegenwärtige Regelung einschließlich des damit verbundenen Beratungssystems und seiner Finanzierung aus meiner Sicht beibehalten werden.

7. „... Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ...“ (Mt. 25, 35) Wie werden Sie zur Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen, die bei uns Schutz und Integration suchen?

Hierbei sollte getrennt werden zwischen dem Asylrecht für schutzbedürftige Opfer gezielter Verfolgung und Menschen, die aus anderen Gründen ihre Heimat verlassen wollen oder müssen. Asylverfahren für die schutzbedürftigen Opfer von Verfolgung sollten an den Außengrenzen der Europäischen Union nach europaweit einheitlichen Kriterien mit gleichmäßiger Verteilung der anerkannt schutzbedürftigen Antragsteller auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt werden. Die allgemeine Einwanderungspolitik sollte in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fallen. Für Deutschland wäre mein Vorschlag, Kontingente festzulegen, die sich an Nützlichkeitskriterien (spezifischer Fachkräftebedarf), aber auch an humanitären Kriterien (Bürgerkriegs-, Armuts-, Klimaflüchtlinge) orientieren. Die Gesamtzahl der aufgenommenen Migranten sollte sich an der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft orientieren.

8. Welche Maßnahmen planen Sie zum Thema Wohnungsbau bzw. bezahlbare Wohnungen?

Haupthindernisse für den Bau und die Baueinstellung bezahlbaren Wohnraums ist eine überbordende Bürokratie, die die Baukosten in die Höhe treibt und den Wohnungsbau erschwert und verzögert sowie eine nach wie vor weitgehend ungehinderte Grundstücksspekulation. Insofern gilt es, die Preistreiber im Wohnungsbau durch eine Revision der Überregulierung etwa in den Bereichen Barrierefreiheit, Energieeffizienz, Brandschutz etc. zu entschärfen. Genehmigungsverfahren können durch eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Bauplanungs- und -ordnungsrechts signifikant beschleunigt werden. Die Grundstücksspekulation lässt sich eindämmen durch ein Bodenrecht, das insbesondere Enteignungen in den Fällen erleichtert, in denen der Eigentümer auf eine Wertsteigerung des Grundstückes spekuliert, ohne erkennbar die Absicht zu haben, selbst Wohnungen zu bauen. Außerdem gilt es, durch die Stärkung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften den Wohnungsbestand zu erhöhen, der keinem reinen Profitinteresse unterliegt.

9. Wie stellen Sie sich die zukünftige Alterssicherung und deren Finanzierung vor?

Diese Frage habe ich bereits im Abschnitt über die Generationengerechtigkeit beantwortet.

10. Wie wollen Sie die vereinbarten und notwendigen Klimaziele einhalten?

Zunächst einmal sollten klimaschädliche Subventionen wie beispielsweise die Steuerfreiheit auf Flugbenzin abgeschafft werden. In klimafreundliche Alternativen im Bereich Verkehr und Wärme, konkret in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Fernwärmenetze sollte massiv investiert werden; unter keinen Umständen dürfen solche Investitionen durch die Schuldenbremse verhindert werden! Eine CO₂-Bepreisung, durch die die Kosten von Klimawandel und Klimaanpassung gewissermaßen „internalisiert“ werden, erscheint mir ebenfalls ein sehr sinnvolles Steuerungsinstru-

ment zu sein. Mit Blick auf ihre Akzeptanz muss dies allerdings Zug und Zug mit einer Neuordnung des Steuer- und Abgabensystems erfolgen, durch die kleine und mittlere Einkommen entlastet werden; außerdem muss parallel in klimafreundliche Alternativen investiert werden, die eine Umstellung auf klimafreundliche Verhaltensweisen ermöglichen. International sind Vereinbarungen anzustreben, die sicherstellen, dass aus klimaschädlicher Produktion keine Wettbewerbsvorteile erwachsen können.

11. Was werden Sie dafür tun, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten?

Nach innen werden wir Frieden und Sicherheit am besten dadurch erhalten, dass wir sozialen Frieden und sozialen Zusammenhalt stärken. Konkret geschieht dies etwa durch eine Integrationspolitik, die Chancengerechtigkeit herstellt und die Bildung von Parallelgesellschaften verhindert. Dies erfordert beispielsweise Investitionen in Schulen und Kitas; auch eine Kitapflicht für Kinder aus migrantischen und bildungsfernen Milieus könnte hierfür ein sinnvolles Instrument sein. Den äußeren Frieden werden wir sicherlich nicht allein durch Waffen und Aufrüstung erhalten, zumal die gegenwärtigen Diskussionen um die Höhe des Verteidigungsetats (fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukt würden bedeuten, dass die Hälfte des Bundeshaushalts für Waffen ausgegeben würde!) geeignet sind, den inneren Frieden zu zerstören. Immer mehr Waffen schaffen, wie die Erfahrung zeigt, keinen Frieden. Stattdessen sollten Deutschland und Europa alle Anstrengungen unternehmen, um den Krieg in Europa auf diplomatischem Wege zu beenden und generell als ehrlicher Makler in kalten und heißen Kriegen zu vermitteln. Russlands Präsident Putin wird irgendwann Geschichte sein. Schon deshalb dürfen wir die von Willy Brandt, Helmut Kohl und Michael Gorbatschow entwickelte Vision vom „gemeinsamen europäischen Haus“ nicht aus dem Auge verlieren.

12. Halten Sie die Stimme der Kirchen in unserem Land für relevant?

Leider für zunehmend irrelevant. Ich wünschte mir, sie wäre vernehmlicher.

13. Unsere Gesellschaft braucht Strukturen, die den Zusammenhalt unterstützen. Wie möchten Sie zukünftig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern? Werden Sie gerne konkret.

Bei „Fördern“ denkt man immer an finanzielle Unterstützung. Nach meiner Erfahrung geht es den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, meistens nicht ums Geld. Von daher würde ich mir weniger Gedanken machen wollen um – wie auch immer geartete – finanzielle Förderprogramme für das Ehrenamt. Maßgeblicher erscheint mir die gesellschaftliche Anerkennung und – auch politische – Wertschätzung für das Ehrenamt zu sein. Insbesondere im sozialen Bereich können Staat und Politik zwar finanzielle und organisatorische Voraussetzungen schaffen. Das was unsere Gesellschaft aber wirklich zu einer menschlichen Gesellschaft macht, wird sehr häufig durch die intrinsische Motivation derjenigen geleistet, die sich – häufig ehrenamtlich – für ihre Mitmenschen einsetzen. Auf ein Wort gebracht: Nächstenliebe kann man nicht kaufen, sie kommt von Herzen! ■

Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind am Sonntag, 23. Februar, aufgerufen, an der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag teilzunehmen. Wir geben Ihnen hier eine kurze Übersicht zu den wichtigsten Punkten (Quelle: Stadt Düsseldorf). Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.duesseldorf.de/bundestagswahl oder telefonisch unter der Rufnummer 0211-8993368.

Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind, seit mindestens dem 23. November 2024 in der Bundesrepublik Deutschland ihren Hauptwohnsitz haben oder sich dort sonst gewöhnlich aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Besondere Regelungen gelten für Personen ohne festen Wohnsitz, Rückkehrende aus dem Ausland und im Ausland lebende Deutsche.

Wahlbenachrichtigung



Fotos: pixabay

Die Wahlbenachrichtigungen werden den Wahlberechtigten automatisch bis spätestens 2. Februar zugestellt. Wer wahlberechtigt ist und keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, meldet sich bitte umgehend telefonisch unter: 0211/8993368 beim Amt für Statistik und Wahlen.

Briefwahl

Wer am 23. Februar nicht persönlich in seinen Wahlraum gehen kann, hat die Möglichkeit, seine Stimme per Brief abzugeben. Der Antrag auf Briefwahl ist online unter <https://www.duesseldorf.de/statistik-und-wahlen/wahlen/bundestagswahlen> möglich. Grundsätzlich sollte die persönliche Stimmabgabe im Wahlraum der



Stimmabgabe per Brief vorgezogen werden, da bei der vorgezogenen Bundestagswahl der Zeitraum zur Ausübung der Briefwahl verkürzt ist. Briefwahlunterlagen können erst ab dem 10. Februar versendet werden. Der rote Wahlbriefumschlag muss aufgrund der Postlaufzeiten spätestens am Mittwoch vor der Wahl, 19. Februar, an das Amt für Statistik und Wahlen zurückgesendet werden (unentgeltlich als Standardbrief im Bereich der Deutschen Post AG). Wahlbriefe können am Wahlsonntag nicht im Wahlraum abgegeben/entgegengenommen werden! Alternativ muss er am Wahltag bis spätestens 18 Uhr im Briefkasten des Amtes für Statistik und Wahlen, Mecumstraße 10, eingeworfen sein. Später eingehende Wahlbriefe dürfen bei der Wahl nicht berücksichtigt werden. Bis einschließlich Samstag, 22. Februar, können auch die Briefkästen der Bürgerbüros oder Bezirksverwaltungsstellen der Stadt Düsseldorf genutzt werden. Wahlbriefe für andere Gemeinden können – auch bei der Bundestagswahl – in Düsseldorf nicht berücksichtigt werden.

Stimmabgabe im Amt für Statistik und Wahlen

Damit die Stimme am Wahltag sicher gezählt werden kann, sollte die Möglichkeit der Briefwahl direkt im Amt für Statistik und Wahlen, Mecumstraße 10, genutzt werden. Das Wahlamt verlängert ab dem 10. Februar die Öffnungszeiten und ist dann montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr und am Samstag, 15. Februar, von 8 bis 14 Uhr für die Briefwahlbeantragung und Briefwahl vor Ort geöffnet. Am Freitag, 21. Februar, endet die Beantragungsfrist um 15 Uhr. ■

Wahlrechtsreform

Die Bundestagswahl 2025 ist die erste Bundestagswahl nach der Wahlrechtsreform 2023. Bei der Bundestagswahl 2025 haben die Wählerinnen und Wähler weiterhin zwei Stimmen: die Erststimme und die Zweitstimme. Dieses System ist auch als personalisierte Verhältniswahl bekannt. Es kombiniert die Wahl von Direktkandidaten mit der proportionalen Sitzverteilung im Bundestag. Die Wahlrechtsreform 2023 führt jedoch eine wichtige Veränderung ein: Die Zahl der Abgeordneten wird gesetzlich auf 630 Personen beschränkt. Überhang- und Ausgleichsmandate entfallen vollständig. Die Sitzverteilung richtet sich ausschließlich nach den Zweitstimmen. Direktmandate zählen nur, wenn sie durch die Zweitstimmen gedeckt sind.

Erststimme

Mit der Erststimme wird eine Person aus dem jeweiligen Wahlkreis direkt gewählt. Die Kandidatin oder der Kandidat mit den meisten Erststimmen im Wahlkreis gewinnt das Direktmandat und zieht direkt in den Bundestag ein – jedoch nur, wenn die Partei insgesamt genügend Sitze durch die Zweitstimmen erhält. Das ist neu: Wenn eine Partei mehr Direktmandate gewinnt, als ihr durch die Zweitstimmen zustehen, entfallen die Direktmandate mit den niedrigsten Stimmenanteilen. Dies nennt man Zweitstimmendeckung.

Zweitstimme

Mit der Zweitstimme entscheidet man nicht über eine Person, sondern über die Landesliste einer Partei. Diese Liste enthält die Kandidatinnen und Kandidaten, die eine Partei für das jeweilige Bundesland in den Bundestag schicken möchte. Die Zweitstimme bestimmt allein, wie viele Sitze jede Partei im Bundestag erhält, und legt somit die Mehrheitsverhältnisse im Parlament fest.



Fünf-Prozent-Hürde

Parteien müssen bundesweit mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen erreichen oder drei Direktmandate durch die Erststimme gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen zu können. ■



Weitere Infos unter:

www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundestagswahl-erst-und-zweitstimme-1947318

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand des Katholikenrates Düsseldorf
Citadellstraße 2, 40213 Düsseldorf
katholikenrat@katholisches-duesseldorf.de – Tel.: 0211 / 90 10 20

Auflage: 1.000
Redaktion: Sebastian Jung (verantwortlich),
Sabine Polster, Christine Aurin

Satz & Layout: FROSKÖNIG
Thomas Herud · www.froschkoenig.de
thomas.herud@froschkoenig.de